

Ende Januar—Anf. Februar. (Flottendemonstration.)

Ein aus Schiffen sämtlicher Großmächte gebildetes Geschwader sammelt sich in der Suda-Bucht auf Kreta.

Anfang Februar. (Stellung Englands.) Der englische Minister des Auswärtigen, Lord Roseberry, teilt Delhannis mit, das neue englische Kabinet werde die von Lord Salisbury in der Behandlung der Balkanangelegenheiten eingeschlagene Politik unverändert fortsetzen; die von Salisbury dem englischen Flottenbefehlshaber erteilten Befehle und Instruktionen würden aufrechterhalten.

Dieselben enthielten die Weisung, die griechische Flotte zu bewachen und jeden Zusammenstoß mit der türkischen zu verhindern. Die Kriegsschiffe der übrigen Mächte waren angewiesen, mit der englischen Flotte zu dem gleichen Zwecke gemeinsam zu handeln.

März. (Kriegsfrage.) Die Kriegsstimmung des Volkes ist in beständigem Wachsen. Die Rüstungen werden fortgesetzt, neue Klassen der Reserven einberufen, in Thessalien 3 verschanzte Lager errichtet und die dortigen Truppen durch Nachschübe unaufhörlich verstärkt, so daß am Ende des Monats bei Larissa 25,000, bei Trikala und Arta je 16,000 Mann zusammengezogen sind, während in zweiter Linie 15,000 stehen und 20,000 neu einberufene Reserven marschfertig gemacht werden.

Die Regierung entleiht bei der Nationalbank 10 Millionen. Delhannis stellt mehrfach die Kabinettsfrage, der König verwirft die Entlassungsgesuche, da er die Verantwortung für die Abrüstung nicht übernehmen will.

Am Anfang des Monats übernimmt der Herzog von Edinburgh den Oberbefehl über die englische Suda-Bay-Flotte.

Die Gegenrüstungen der Pforte an der thessalischen Grenze sollen 200,000 Mann mit 35,000 Reitern betragen.

3. April. Beim Zusammentritt der Kammer legt Delhannis Gesetzentwürfe vor, welche die Aufnahme einer Anleihe von 25,000,000 Drachmen, die Erhöhung des Banknoten-Umlaufs mit Zwangskurs, und eine Vermehrung der Kadres der Land- und Seestreitkräfte enthalten.

Trikupis erklärt, er sei überrascht, daß der Ministerpräsident der Kammer keine Mitteilung über die Politik mache, welche die Regierung gegenwärtig verfolge und in Zukunft zu verfolgen gedenke; er sehe dies als eine Frage an, welche für den Fortbestand des Kabinetts entscheidend sein müsse. Die bisherige Politik des Ministeriums sei durchaus unzureichend, um den nationalen Bestrebungen gerecht zu werden. Delhannis klagt in seiner Erwiderung das frühere Kabinet an, die gegenwärtige kritische Finanzlage verschuldet zu haben.